

Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Juristinnenbundes

an die Gleichstellungsministerinnen und Gleichstellungsminister der EU-Mitgliedsstaaten
anlässlich ihres informellen Treffens im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft am 19./20. November.

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

die Internationale Arbeitskonferenz hat im Juni 2019 mit der ILO-Konvention 190 endlich ein internationales Übereinkommen beschlossen, das verbindliche Mindeststandards im Kampf gegen sexuelle Belästigung setzt. Erstmals wird damit eine weltweit gültige Definition von sexueller Belästigung und Gewalt festgelegt, die sich nicht allein auf den Arbeitsplatz, sondern auf die Arbeitswelt insgesamt bezieht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) sind überzeugt: Jetzt müssen die Vorgaben des Übereinkommens auch rasch in der Lebenswelt der Menschen ankommen, damit der Schutz der Beschäftigten tatsächlich verbessert wird!

Europa sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und endlich die Verpflichtung umsetzen, die es sich selbst in seiner Gleichstellungsstrategie für den Zeitraum 2020 – 2025 gegeben hat. Dort heißt es: „Um gegen Gewalt und Belästigung im Arbeitsumfeld vorzugehen, wird die Kommission die Mitgliedstaaten auffordern, das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt zu ratifizieren...“.

Damit Männer und Frauen sich wirksam gegen Gewalt und sexuelle Übergriffe in der Arbeitswelt wehren können, muss die EU zeitnah ihre Mitgliedsstaaten ermächtigen, die ILO-Konvention zu ratifizieren. Erst dann können diese die nationale Bestätigung einleiten und die ILO-Konvention 190 in nationales Recht umsetzen.

Zwar hatte die Europäische Kommission bereits im Januar 2020 einen entsprechenden Appell vorgelegt. Doch weil einige Länder die Beschlussfassung im Rat nicht mittragen, liegt das Ermächtigungsverfahren seitdem auf Eis.

Dabei darf es nicht bleiben: Gerade die COVID 19-Krise hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um insbesondere Frauen vor Gewalt zu schützen. Sowohl in Europa als auch weltweit tragen Mädchen und Frauen ein vielfach höheres Risiko, Opfer von sexualisierter Gewalt zu werden als Männer. 33 Prozent der Frauen in der EU haben bereits einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren, 55 Prozent wurden sexuell belästigt.

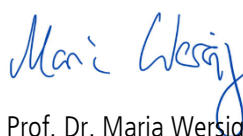
Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

es ist allerhöchste Zeit, dass die EU bei diesem Thema vorankommt, damit sich gerade Frauen nach der Ratifizierung und Umsetzung durch die EU-Mitgliedsstaaten schon bald auf die ILO-Konvention 190 berufen und ihre Rechte einfordern können.

Nachdrücklich unterstützen wir Ihre Bemühungen, als Verantwortliche für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Ihren Staaten, den Ermächtigungsprozess auf EU-Ebene voranzutreiben und dabei alle nationalen und europäischen Hindernisse zu überwinden. Überzeugen sie Ihre Regierungen – auf unsere Solidarität können Sie setzen!



Reiner Hoffmann
Vorsitzender
Deutscher Gewerkschaftsbund



Prof. Dr. Maria Wersig
Präsidentin
Deutscher Juristinnenbund e.V.